

13. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion GRÜNE

Kahlschlag im Schienenverkehr in Baden-Württemberg verhindern

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

im Bundesrat eine Kürzung der Finanzhilfen des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr nach dem Regionalisierungsgesetz abzulehnen und keinem Beschluss zuzustimmen, der notwendige Einsparungen einseitig dem Schienenverkehr auferlegt, aber den Straßen- und Luftverkehr beim Subventionsabbau ausnimmt.

Es wird beantragt, den Antrag für dringlich zu erklären.

3. Dezember 2003

Kretschmann, Palmer und Fraktion

Begründung:

Die von den Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück vorgelegten Pläne zum Subventionsabbau enthalten jährlich wirksame Kürzungen im Bereich Schienenverkehr von 1,9 Mrd. € ab dem Jahr 2006. Aufgrund des verwendeten Subventionsbegriffs soll der Bereich des Schienenverkehrs fast 20% des gesamten Einsparvolumen von 10,5 Mrd. € erbringen. Kürzungen im Bereich des Straßen- und Luftverkehrs sind hingegen nicht vorgesehen.

Das Land als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Schiene wäre von einer Realisierung dieser Vorschläge unmittelbar betroffen. Die Zuweisungen des Bundes an das Land Baden-Württemberg gemäß Regionalisierungsgesetz würden bis 2006 jährlich um 4% sinken statt um 1,5% anzusteigen. Damit müsste das Land im Jahr 2006 mit einer Kürzung der Regionalisierungsmittel um annähernd 120 Mio. € rechnen. Dieser Betrag könnte nur durch massive Streichungen des Angebots im Schienenpersonennahverkehr im Land eingespart werden. Die erfolgreichen Bemühungen des Landes um eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs würden damit in kürzester Zeit zerstört.

Die Pläne der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück sind Gegenstand der aktuellen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss. Eine Beschlussfassung über das Vermittlungsergebnis im Bundesrat ist für den 19. Dezember vorgesehen. Daher ist eine dringliche Beratung des Antrags notwendig.